

nr. 5 – november 2020

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



Ch. Eckelt

Bitte bringen Sie diese Zeitung auch Ihren Nachbarn mit!

WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat ja bekanntlich viele schöne Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net Der Einsendeschluss ist Montag, der 7. Dezember. Zu unserem letzten Bilderrätsel schrieb uns Hans Kämmerer: »Sie haben meine Lieblingsinsel abgebildet, wo im Sommer Insekten und Pflanzen völlig ungestört leben können: Schmidstraße Ecke Heinrich-Heine-Straße«. Herzlichen Glückwunsch zum Gutschein und vielen Dank für alle anderen Einsendungen!

Preisdynamik abgeflacht: Der Immobilienmarkt in Zeiten von Corona

Die Preisdynamik auf dem Berliner Immobilienmarkt ist im ersten Halbjahr 2020 deutlich abgeflacht. Das teilte der Gutachterausschuss Berlin Ende Oktober mit. Bei Wohn- und Geschäftshäusern sei eine Preisstagnation zu beobachten.

Besonders deutlich ging der Umsatz mit Büro- und Geschäftshäusern einschließlich Einzelobjekten zurück (um 69% gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum). Bei Mietwohnhäusern wurde etwa die Hälfte (48%) weniger umgesetzt als im Vorjahreszeitraum. Auch die durchschnittlichen Kaufpreise sanken: um 11% für Wohn- und Geschäftshäuser zusammengefasst. Allerdings sank ja

auch das gesamte Bruttosozialprodukt im »Corona-Quartal« um mehr als 10%, deshalb dürften solche Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt nicht überraschen.

Erstaunlicher sind in diesem Zusammenhang die Preissteigerungen bei Eigentumswohnungen: Hier gingen zwar die Kauffälle um 21% zurück, die Preise stiegen aber um durchschnittlich 6%, bei den Ein- und Zweifamilienhäusern sogar um 9%. Das verweist auf einen nach wie vor extrem angespannten Wohnungsmarkt in Berlin.

»Der Mietendeckel hat zwar zu einer deutlichen Zurückhaltung von Marktteilnehmern bei Kaufverhandlungen geführt, Verkäufer scheinen aber dennoch nicht bereit, Preisrückgänge zu akzeptieren«, so der Gutachterausschuss.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Mitte Dezember 2020.

Elektronischer Versand

Sie möchten die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail!

INHALT

Seite 3 Problemfall Köpenicker Straße

Seite 4/5 Provisorischer Spreeuferweg – die Machbarkeitsstudie

Seite 6 Waisenbrücke

Seite 7 Köpenicker Straße 103

Seite 8 Neues vom Bürgerverein Luisenstadt

Seite 9 Hilfe in Zeiten von Corona

Aus dem Bezirk Mitte:

- Seite 10/11 Interview mit Gesundheitsstadtrat Ephraim Gothe

- Seite 12/13 Ausstellung »Unvollendete Metropole«

Seite 14 Geschichtskolumne

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher + Pflastersteine

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesal, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Problemkind Köpenicker Straße

Auch eine Begehung zusammen mit Amtsvertretern versprach wenig Aussicht auf Besserung

Die Köpenicker ist das Problemkind unter den Straßen der Nördlichen Luisenstadt. Schon lange wird hier über Verkehrschaos, Baustellen, Lärm und Müll geklagt, über Reisebusse vor dem A&O-Hostel, über mangelnde Sicherheit für Radfahrer und Fußgänger, über immer neue Einschränkungen durch immer neue Baustellen und über nächtlichen Taxiverkehr (die Clubs!). Es ist eine lange Liste von Problemen, die sich mit der Zeit angehäuft haben.

Daher hatten sich die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt (die schon lange Tempo 30 für die Köpenicker fordert) und das Büro KoSP als Sanierungsbeauftragter darauf geeinigt, eine Straßenbegehung zu organisieren, zu der auch Vertreter der Ämter eingeladen waren: die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde, das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt sowie die Sanierungsverwaltungsstelle. Beim Besichtigen der Problemzonen vor Ort, so die Hoffnung, würden sich vielleicht konstruktive Lösungsmöglichkeiten auftun.

Akribisch wurde eine Route entlang der Köpenicker Straße zwischen Michaelkirchstraße und Engeldamm für die Begehung am 20. Oktober vorbereitet, wurden die wichtigsten Problempunkte aufgelistet und gemeinsam besichtigt. Erste Station war die Köpenicker Straße 123, eine Baustelleneinrichtung wird hier noch bis Januar 2021 bestehen, eine Engstelle für Radfahrer tut sich auf, Autos überfahren die Radewegespur, die Geschwindigkeitsbegrenzung wird kaum eingehalten.

Station 2 nur ein paar Schritte weiter, Köpenicker Nr. 126: hier ist in Zukunft von einer Baustellenrichtung für ein Neubauvorhaben auf dem Grundstück Köpenicker 48 auszugehen, für Fußgänger ist es schwer, von einer Straßenseite auf die andere zu kommen, hier gäbe es Bedarf für eine Quermöglichkeit. Nächstes Highlight: das A&O-Hostel, Köpenicker 127: eine Vielzahl von Verkehrsschildern trägt zur allgemeinen Verwirrung der Verkehrsteilnehmer bei, die Situation der Haltezone für Reisebusse ist immer noch nicht geklärt, eine Linienbus-Ersatzhaltestelle verengt die Straße für KFZ- und Radverkehr. Und so ging es auch an anderen Punkten weiter.

Hinzu kommt: Es werden in absehbarer Zeit immer neue Baustelleneinrichtungen dazugekommen (etwa der Schulneubau in der Adalbertstraße), was die Lage nicht einfacher macht.

Doch von Lösungen war der Rundgang viel weiter entfernt, als sich das die Betroffenenvertretung erhofft hatte. Provisorische Querungshilfen für Fußgänger – schwierig. Hostel-



situation: weiter ungeklärt. Verkehrswidrige Tempouberschreitungen, zugeparkte Radstreifen: Sache des Ordnungsamts bzw. der Polizei. Tempo 30: Sache der Verkehrslenkung Berlin, die jetzt Verkehrsmanagement Berlin heißt.

Im Bereich Verkehr ist die zweistufige Verwaltung besonders schwierig: Das Hauptstraßennetz (und zu diesen »übergeordneten« Straßen zählt auch die Köpenicker) obliegt der Abteilung Verkehrsmanagement des Senats, die Nebenstraßen in die Zuständigkeit der Bezirke. Aber auch temporäre Veränderungen (wie Baustelleneinrichtungen) gehören in die Zuständigkeit des Bezirks, müssen aber mit dem Verkehrsmanagement abgestimmt werden.

Zu registrieren sind auch Auseinandersetzungen um Verantwortlichkeiten, und natürlich sind alle beteiligten Ämter gebeutelt von Corona und notorischem Personalmangel. Dazwischen steht der Bürger und hat es allmählich satt, dass sich – egal, an wen er sich auch wendet – kaum etwas Wesentliches ändert.

Auch in der Betroffenenvertretung macht sich allmählich Frustration breit und das Gefühl, einen aussichtslosen Kampf gegen Verwaltungsflügel zu führen. »Manche Ämter wehren sich ja förmlich mit Händen und Füßen gegen jede Maßnahme«, so war zu hören. »Das wäre in anderen Städten undenkbar«, sagt einer, der bereits in mehreren Städten in der Kommunalpolitik beteiligt war, »da reißen sich die Bürgermeister darum, mal einen neuen Zebrastrifen einzuweißen, um Bürgernähe zu demonstrieren, und die Verwaltung versteht sich als Dienstleister«.

Nun wollen sie in einem Brief an die Verwaltungen Anwohnerforderungen formulieren.

Und dabei war noch gar nicht die Rede von den illegalen Müllablageplätzen auf Gehwegen, von Spätis und ihren Öffnungszeiten, von Taxihalten ... us

Ein provisorischer Uferweg an der Spree

Machtbarkeitsstudie wurde jüngst von den Autoren vorgestellt

Ein befestigter Uferweg entlang der Spree, an dem man ohne Unterbrechungen von einer Brücke zur nächsten am Wasser entlangschlendern oder radeln kann – das gehört zu den ehrgeizigsten Zielen im Sanierungs- und Fördergebiet Nördliche Luisenstadt. Doch für eine solche befestigte Promenade, wie man sie auch aus anderen Städten kennt, müssten die maroden Uferwände befestigt und hier z.B. die Spundwände umfassend saniert werden. Und das kann in Berlin bekanntlich lange dauern.

Solange mochten die Beteiligten aber nicht warten, weshalb die Idee eines provisorischen Uferwegs entwickelt wurde. Doch um auszuloten, ob und wie das überhaupt realisiert werden könnte, braucht man eine Machbarkeitsstudie. Mit deren Erarbeitung wurden die STATTBAU GmbH (die auch als Treuhänder die notwendigen Grundstücke für das Land Berlin erwirbt und öffentliche Wege-rechte aushandelt) sowie die »gruppe F« für den planerischen Part beauftragt. Die Ergebnisse konnten STATTBAU und gruppe F nun dem Sanierungsbeirat vorstellen.

Unterschieden werden zwei Blocks: der Rungestraßenblock vom Jannowitzcenter bis zur Michaelbrücke sowie der Holzuferblock zwischen Michael- und Schillingbrücke (Abb. 1). Während die Anlage des Uferwegs im Rungestraßenblock inklusive der Uferwanderneuerung in einem separaten Verfahren ausgeschrieben werden soll, ließe sich im Holzuferblock ohne größere Umbauten und Befestigungen der Spundwände ein Wegeprovisorium im Uferstreifen anlegen.

Zugleich sind dabei die Belange des Denkmalschutzes einzubeziehen, denn entlang dieses Abschnitts befinden sich

noch einige Relikte deutsch-deutscher Teilung: z.B. das alte Bootshaus, Reste der Hinterlandmauer oder Lichtmasten. Ganz allgemein kann laut Machbarkeitsstudie ein provisorischer, Weg von ca. 3 bis 4 Metern Breite in »sicherem« Abstand zur Uferwand angelegt werden. Grundsätzlich, so die Autoren der Studie, solle möglichst viel von der bestehenden Struktur und Nutzungen im Uferstreifen erhalten bleiben, auch hinsichtlich der Gehölze und vorhandener »Trampelpfade« (Abb. 2).

Am alten Bootshaus bei der Spreefeld eG weitet sich der Uferweg zu einer kleinen platzähnlichen Situation auf. (Abb. 3). Die Treppen zum Bootshauseingang werden umgebaut. Gitter im Boden lassen die ursprüngliche Treppenanlage erkennbar. Am alten Bootshaus könnte auch eine »Geschichtsinself« entstehen, ein Informationspunkt, der Auskunft über die spezielle Geschichte des Ortes gibt.

Am Teepeeland führt der Weg oberhalb des Areals vorbei, wobei auf besonderen Wunsch des Zeltdörfchens auch der bislang bestehende kleine Weg direkt durch das Teepeeland hindurch erhalten bleibt – Besucher sind hier ausdrücklich willkommen. Etwas weiter westwärts führt der Weg durch die Hinterlandmauer – für den provisorischen Uferweg könnte dabei ein Segment entnommen und etwas versetzt wiederaufgebaut werden (Abb. 3). An diesem Punkt kann ebenfalls eine »Geschichtsinself« über die historische Grenzsituation informieren.

Die Anbindung an das Paula-Thiede-Ufer bzw. den Bona-Preiser-Weg zeigt die Abb. 4.

Die Machbarkeitsstudie weist detailliert nach, dass ein provisorischer Uferweg im Holzuferblock bautechnisch, organisatorisch und finanziell machbar ist. Mit den Nutzern vor Ort und den anliegenden Eigentümern haben die Planer bereits gesprochen und gemeinsam Lösungen entwickelt. Nun soll das Konzept zur Herstellung des Provisoriums im Bezirksamt und in der BVV beschlossen werden. Dann wäre der Weg frei für die Erarbeitung einer konkreten Bauplanung. Baubeginn könnte, wenn alles optimal läuft, bereits im Herbst 2021 sein. Und nach der Fertigstellung könnte das Provisorium auch sehr lange halten. us

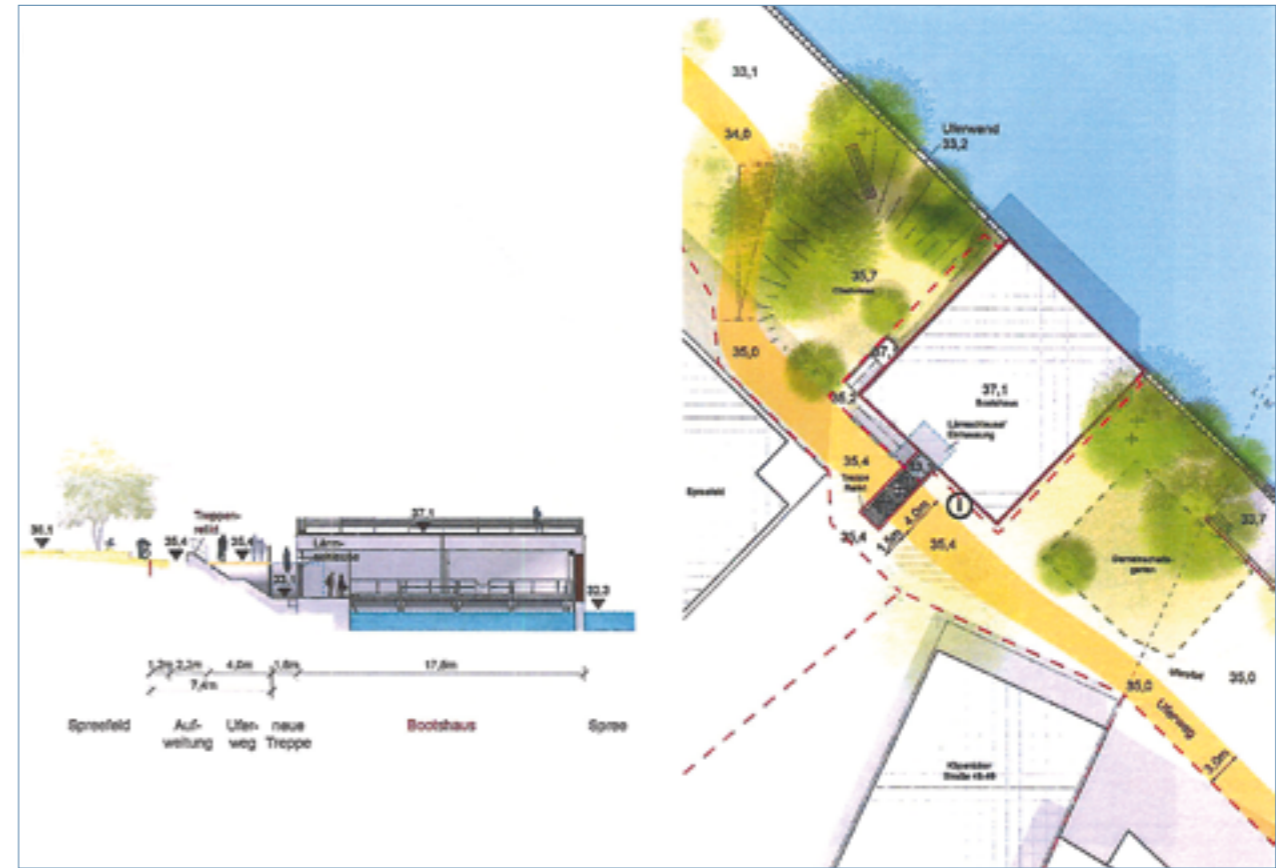


Abb. 3: Bootshaus



Abb. 4: Anbindung Paula-Thiede-Ufer/Bona-Preiser-Weg



Abb. 1: Überblick Holzuferblock

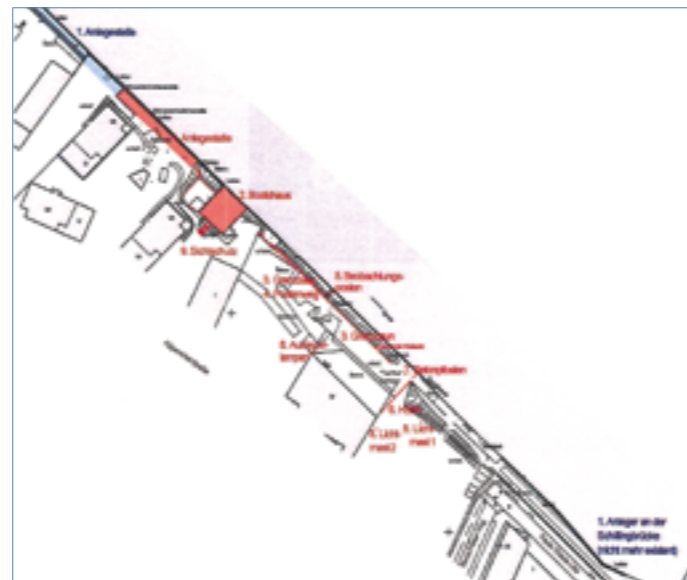


Abb. 2: Verortung



Ein Brückentag für die Waisenbrücke

Paul Spies zu Gast bei der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Die Waisenbrücke ist einer der nicht mehr existierenden Orte in der Nördlichen Luisenstadt. Dabei gibt es viele Bemühungen, den Bau einer »neuen Waisenbrücke« anzustoßen.

Auf Einladung der Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt war im September Paul Spies, Direktor des Stadtmuseums Berlin, als Gast in die Beratung gekommen. Die BV wollte mit ihm Möglichkeiten besprechen, wie das Thema Waisenbrücke in die Öffentlichkeit gebracht werden könne.

Bei der zuständige Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und wird der Neubau der Waisenbrücke nicht favorisiert, weil die Reparatur andere Brücken dringender ist und die Brückenbaukapazitäten nicht ausreichen.

Aus der Sicht des Museumsdirektors allerdings ist die Wiedererrichtung der Waisenbrücke an historischer Stelle sehr wünschenswert und auch dringlich. Die Waisenbrücke würde beide Standorte des Stadtmuseums im Nikolai- viertel und am Märkischen Platz direkt miteinander verbinden und den Stadtraum um das Märkische Museum erheblich aufwerten. Bis zum Jahr 2025 wird das Märkische Museum rekonstruiert und das daneben befindliche Marinehaus ausgebaut. Zur Wiedereröffnung des Märkischen Museums wäre die gleichzeitige Einweihung einer neuen Fußgänger- und Radfahrer Verbindung Waisenbrücke ein sehr wünschenswertes Ziel.

Paul Spies merkte an: »Ich hätte nie gedacht, dass ich mich neben der Neugestaltung des historischen Stadtmuseums mit seinen vielen Standorten und den neuen Aufgaben an

verantwortlicher Stelle im zukünftigen Humboldtforum auch noch um Brücken kümmern muss und als Stadtplaner gefordert bin.«

In der Diskussion stimmten alle Teilnehmer der Beratung dem Vorschlag zu, einen Aktionstag im nächsten Jahr zu veranstalten. Möglichst viele interessierte Institutionen sollten zur Teilnahme gewonnen werden, die einen »Brückentag Waisenbrücke« zu einem Ereignis mit Fest- und Unterhaltungscharakter gestalten können.

Paul Spies schlug einen Marsch vom Humboldtforum über das Rolandufer bis zum Brückenkopf der früheren Waisenbrücke vor, dort könnten dann beispielsweise Akrobaten am Seil die Spree überqueren. Wasserrutsche, Tretboote, kleine Boote vom Historischen Hafen, Musik, Catering, Künstlertreffen... vieles wäre denkbar. Wichtig sei dabei, da waren sich die Teilnehmer einig, politische Verantwortliche zu erreichen, die sich für eine Realisierung eines Brückenneubaus einsetzen wollen, um eine Beschleunigung der Planungen zu bewirken.

Einen ersten Terminverslag gab es auch schon: Freitag, der 14. Mai 2021, der Brückentag zwischen Himmelfahrt und Wochenende. us

Die Historie der Brücke

Ursprünglich befand sich am Ort der Waisenbrücke der Oberbaum, mit dem nachts die Durchfahrt für Schiffe gesperrt wurde. Neben dem Oberbaum wurde 1703 eine hölzerne Jochbrücke errichtet. Anfangs wurde sie Brücke nach Neu Cölln, später Blocksbrücke genannt. Diese hatte im 18. Jahrhundert sehr große Bedeutung für die Stadt, was nicht zuletzt an den großzügigen Maßen von 83 Metern in der Länge und 6,90 Metern in der Breite lag. Die Brücke erhielt 1770 ihren Namen Waisenhausbrücke oder Waisenbrücke nach dem Ende des 17. Jahrhunderts in der Nähe erbauten »Großen Friedrich-Hospital«, das auch als Pflegeheim für Waisen diente und 1908 abgerissen wurde. 1832 wurde die Brücke wieder als Holzbrücke erneuert.

Nach fast 200 Jahren Nutzungsdauer und dem inzwischen erfolgten Ausbau Berlins als königliche Residenzstadt ließ der Berliner Magistrat 1892–1894 vom Regierungsbaumeister Wilhelm Brancke eine Steinbrücke zum Ersatz an derselben Stelle errichten. Steinbrücken galten generell als stabiler und weniger reparaturanfällig, sie konnten auch ohne Klappen und mit größeren Spannweiten gebaut werden.

Die mit rotem Sandstein verkleidete Steinbrücke verband die nördlich der Spree gelegene Littenstraße (bis 1951 Neue Friedrichstraße) mit dem südlich der Spree gelegenen Märkischen Platz, von dem die Wallstraße und die Straße Am Köllnischen Park abgingen. 1945 wurde die Brücke vor dem Einmarsch der Roten Armee gesprengt und danach nur behelfsmäßig repariert. 1960 wurde sie schließlich ganz demontiert, als es wieder weitere funktionsfähige Spreequerungen in der Nähe gab. An die Waisenbrücke erinnern noch beidseitig sichtbare steinerne Widerlager.

44 Apartments für »urban people«

An der Ecke Köpenicker/Heinrich-Heine-Straße entsteht ein Zwillingshochhaus

Seit geraumer Zeit haben etliche Anwohner in der Köpenicker und der Heinrich-Heine-Straße eine große Baustelle direkt vor der Tür. Denn direkt neben dem Punkthochhaus an der Ecke beider Straßen entsteht ein ebenfalls zwölfgeschossiger Zwillingsbau. Die Baugenehmigung hierfür war schon lange erteilt, doch zwischendurch war das Grundstück nochmals verkauft worden. Jetzt sind die Tiefbauarbeiten in vollem Gang.

Hier entstehen unter dem Titel OXO-Apartments 44 Eigentumswohnungen, deren Größen von 1 bis 5 Zimmer bzw. zwischen 32 und 118 Quadratmetern variieren. Die Kaufpreise bewegen sich entsprechend zwischen 233.700 Euro und 845.950 Euro. Das entspricht einem Durchschnittswert von ca. 7200 Euro pro Quadratmeter. Im Erdgeschoss wird es außerdem eine Gewerbeeinheit geben.

Vermarktet werden die Wohnungen durch das Unternehmen Lion Immobilien.

Auf der Website des Immobilienentwicklers liest sich das Angebot so:

»one world – different levels

Nahe der Spree und der Jannowitzbrücke entstehen mit den OXO Apartments moderne Ein- bis Fünf-Zimmer-Eigentumswohnungen in Berlin-Mitte. Die geometrischen Grundrisse erinnern an das Strategiespiel OXO aus dem Jahr 1952. Funktional wie ästhetisch war dieses Tic-Tac-Toe-Game ein echter Pionier und eines der ersten Computerspiele mit grafischer Darstellung überhaupt – ein aufregend kreativer Trendsetter wie die OXO Apartments. Kompakt und gut angebunden mit entsprechend guter Vermietbarkeit, eine attraktive Kapitalanlage mit großer Rendite.«

Man könnte natürlich auch sagen, dass das Vorbild – die »Platte« nebenan von 1984 – einfach nicht ganz doof gebaut ist, so dass man sich an dessen Vorbild orientiert, aber



das klänge natürlich nicht so aufregend kreativ wie ein Strategiespiel von 1952.

Natürlich profitieren die Verkäufer vom Wohnungsmangel einerseits, der zentralen Lage andererseits. Das liest sich dann so:

»a vibrant neighbourhood

OXO liegt, wo Berlin am lebendigsten ist: zentral zwischen den Shopping-Gelegenheiten um den Alexanderplatz und dem Kreuzberger Oranienkiez mit seinen legendären Kneipen- und (Sub-)Kulturangeboten. An einem der gefragtesten Bürostandorte findet man hier bekannte Brands wie Zalando, Mercedes-Benz, Coca-Cola oder Universal Music. In fußläufiger Nachbarschaft befinden sich zudem einige der aufregendsten Orte im urbanen Gastro-, Kunst- und Clubkosmos. Auch das Spreeufer lädt zu Erkundungen und ausgedehnten Spaziergängen ein. Dass die nächste U-Bahn-Station direkt vor der Haustür liegt, gerät da schnell zur positiven Nebensache.«

Damit dürfte die Zielgruppe schon abgesteckt sein: möglichst jung, möglichst überdurchschnittliche Einkommen, hip und – irgendwie »urban«.

»homebase for urban people

Hier wird urbane Kultur nicht nur behauptet, sondern gelebt. Dafür, dass dies auf der Höhe der Möglichkeiten von Technik und Komfort geschieht, steht die neu verputzte Fassade mit ihren Balkonen in zeitgemäßer Sichtbetonoptik. Dem Eindruck von außen entspricht das Innere. Das (benachbarte, d. Red.) Bestandsgebäude aus dem Jahr 1984 lebt neu auf durch einen modernen Eingangsbereich, die neu gestalteten Flure und dem Treppenhaus mit Sichtbetonelementen sowie eine neue Haustechnik. Mit Sinn für Ästhetik und Qualität wurde hier ein Ambiente geschaffen, das zum Lebensgefühl im Herzen der Kreativmetropole passt. Wählen Sie die Wohnung, die zu Ihrem Anspruch passt.«

Vorausgesetzt natürlich, man verfügt über das nötige Kleingeld. Sonst wird das nix mit der Homebase. us

Tennisverein mit Bleibeperspektive

Wie bereits mehrfach berichtet, sorgte der geplante Schulneubau in der Adalbertstraße für eine breite Debatte, ob und in welcher Form dort auch künftig der eingetragene Verein Tennisclub Mitte (TCM), in dem neben Erwachsenen auch viele Kinder und Jugendliche trainieren, Platz haben wird.

Zunächst wurde vom Bezirksamt Mitte eine Nutzungsverlängerung für die bisherigen Außenplätze bis Oktober 2020 gewährt, da sich die Arbeiten für die neue Schule noch verzögern.

Außerdem gebe es seit August den politischen Willen, auf dem Schulhofareal ein mit 1363 Quadratmetern ausreichend großes Multifunktionsfeld vorzusehen, ein Kleinspielfeld, das sowohl von der Schule als auch vom Tennisverein genutzt werden kann und die Einzeichnung von zwei Tennisspielfeldern ermöglicht. Damit hätte der Verein eine gesicherte Perspektive. us

Neues vom Bürgerverein Luisenstadt



Zur Aktion »Gemeinsame Sache« im Rahmen der Berliner Freiwilligentage 2020 hatte der Bürgerverein Luisenstadt Anwohner, Parknutzer, Freunde des Engelbeckens und der Luisenstadt eingeladen. Das Ziel: Das Engelbecken einmal mehr von Müll und Unrat zu befreien.

Am Samstag, dem 19. September, kamen etliche Vereinsmitglieder und Anwohner und rückten dem Müll mit Abfallsäcken, Arbeitsbekleidung, Handschuhen, festem Schuhwerk und sogar Taucheranzug zu Leibe – mit ansehnlichem Resultat. Sogar ein E-Scooter wurde aus dem Wasser gehievt ...

Bald am Heinrich-Heine-Platz: Ein Meer von Krokussen, Narzissen und Tulpen ...

Davon träumt Dr. Jakob Hein, der seit 2018 mit seiner Praxis für Kinder- und Jugendpsychiatrie dort ansässig ist, und hat mit der Idee, eine holländische Zwiebelpflanzmaschine zum Einsatz zu bringen, die AG GRÜN FÜR LUISE begeistert.

Aus der Idee ist ein Projekt geworden, in ehrenamtlich – öffentlicher – privater Partnerschaft sozusagen. Durch eine großzügige Geldspende an den Bürgerverein hat Dr. Hein die Auftragserteilung an die Firma Lubbe & Lisse ermöglicht, und das Grünflächenamt Mitte hat dem Verein freundlicherweise freie Hand zu dieser Aktion erteilt. Seit Mittwoch, dem 28. Oktober 2020 liegen nun hunderte Blumenzwiebeln dort in der Erde und werden – wenn alles gut geht – Anwohner und Passanten im kommenden Frühjahr mit ihren Blüten erfreuen.

Götterbaum-Razzia II

Zur Aktion »Weg mit den Götterbäumen!« rief der Bürgerverein Luisenstadt am Samstag, 10. Oktober auf. Ziel war der »wild gewordene« Götterbaumwald neben dem Spielplatz auf dem Hof zwischen Heinrich-Heine-Platz 3–5, Annenstraße 1–2 und Michaelkirchplatz 23–24. Für Container und Gerätschaften war gesorgt.

Aktion erfolgreich abgeschlossen, vermeldet die AG »Grün für Luise« des Bürgervereins nun: Dank des tatkräftigen Einsatzes von Anwohnern ist der Götterbaumwald neben dem öffentlichen Spielplatz verschwunden. Die einzelnen, teilweise bis 4 Meter hohen Bäume und Schößlinge wurden nicht nur abgesägt, sondern ihre tiefen und weitverzweigten Wurzeln ausgegraben. GRÜN FÜR LUISE dankt allen freiwilligen Helfern (manche kamen aus der weiter entfernten Nachbarschaft) für die Beteiligung an dieser Aktion und dem Gartenamt Mitte für die gute vorbereitende Logistik!

Auch vor der eigenen Haustür können Sie übrigens gegen Götterbäume angehen. Aber bereiten Sie sich gegenüber fragenden Nachbarn argumentativ gut mit folgenden Fakten vor: Götterbäume sind nicht nur giftige Gehölze und deshalb besonders gefährlich in Spielplatznähe – sie breiten sich auch wie der Teufel aus und werden daher auch in der EU-Liste invasiver Schädlinge geführt. In den beiden letzten Hitzesommern haben sich an Straßenrändern, in Parks und rings um Spielplätze und verwilderte Gebüsche die Jungpflanzen des Götterbaumes sehr stark vermehrt. Wo sie einmal wurzeln, sind sie nur noch sehr schwer auszumerzen. Die Schößlinge sprießen bis zu 4 Meter im Jahr und bedrohen durch ihre massenweise Ausbreitung hier heimische Bäume und Pflanzen.

Und damit Sie nicht einfach irgendwas rausreißen, sondern Götterbaumgewächse eindeutig erkennen, hat der Bürgerverein auf seiner Website eine Großansicht zur Bestimmung bereitgestellt: Sie finden Sie unter www.buergerverein-luisenstadt.de/aktuelles

Verplant? Umbau der Straßen rund um den Luisenstädtischen Kanal pro Rad

Am 7. Oktober fand eine Beteiligungsveranstaltung mit Stadtspaziergang zum Umbau der Straßen rund um den ehemaligen Luisenstädtischen Kanal statt. Ziel der Maßnahme ist die Ertüchtigung des Straßenraums für den Radverkehr.

Das Team der Beauftragten STATTBÄU GmbH hat ein Protokoll der Veranstaltung erstellt und diesem zwei Planskizzen aus dem Verkehrskonzept von 2018 beigefügt, die Grundlage der planerischen Diskussion waren.

Das gesamte Protokoll der Veranstaltung im Wortlaut sowie die Planskizzen finden Sie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de/aktuelles

Hilfe in Zeiten von Corona

Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Hilfe

Sie möchten sich freiwillig engagieren, um Menschen in Ihrer Umgebung zu unterstützen? Sie gehören zu einer Risikogruppe und benötigen Unterstützung bei Einkäufen, fühlen sich einsam oder wünschen sich Hilfe in anderen nicht-medizinischen Bereichen?

Durch die Unterstützung der Senatskanzlei gibt es in allen Berliner Bezirken eine Koordinierungsstelle für freiwilliges Engagement in Zeiten von Corona. Wenn Sie Hilfe anbieten möchten oder Unterstützung benötigen, wählen Sie die Berliner Engagement-Nummer (030) 577 00 22 00. Sie werden dann an Ansprechpersonen in Ihrem Bezirk weitergeleitet. Oder Sie tragen Ihr Angebot oder Gesuch auf der Webseite Ihrer bezirklichen Koordinierungsstelle ein. In Mitte sammelt die FreiwilligenAgentur Mitte gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum Fabrik Osloer Straße im Rahmen der Corona-Pandemie die Hilfsbedarfe von Menschen, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, und die Angebote von Menschen, die ihre Hilfe anbieten. Zu den Hilfemöglichkeiten zählen unter anderem Apothekengänge, Dolmetschen, Einkäufen, Fahrdienste, telefonischer Besuchsdienst und das Kümmern um Tiere.

Kontakt: Telefon (030) 48 62 09 44, info@freiwilligenagentur-mitte.de, www.freiwilligenagentur-mitte.de

Corona-Telefone gegen Einsamkeit

Die Notfallseelsorge / Krisenintervention Berlin hat gemeinsam mit der Kirchlichen Telefonseelsorge in Berlin und Brandenburg und der Ev. Krankenhauseelsorge in Berlin ein Seelsorgetelefon eingerichtet. Unter (030) 403 66 58 85 sind Seelsorgende von 8 bis 24 Uhr erreichbar. Auch die »Malteser« haben ihr Einsamkeits-Telefon »Redezeit« ausgebaut. Rufnummer: (030) 348 00 32 69. Lebensältere (ü60), die niemanden zum Reden haben, weil sie z.B. unter Quarantäne stehen, finden auch im »Silbernetz« ein offenes Ohr und Ermutigung. Die Hotline (0800) 470 80 90 ist vertraulich und kostenlos.

Beratung telefonisch und online

Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser sind zum Reden auch telefonisch oder im online-Chat für alle Nachbarn erreichbar. Hier finden Sie u.a. Sozial-, Rechts- und Mietberatungen, aber auch ein offenes Ohr, wenn Sie nicht mehr weiter wissen. Im Internet sind alle Angebote zu finden unter: stadtteilzentren.de/info/wir-bleiben-zuhause-aber-zum-reden

Coronahilfe von nebenan

Wer praktische Hilfe benötigt, wie Einkäufe erledigen, Hund ausführen etc. kann auf der Gemeinschaft.Online-Nummer seine Postleitzahl eingeben und angeben, welche Art der Hilfe er benötigt. Diese Informationen werden an nebenan.de übergeben, die diese Anfragen in ihre lokalen Netzwerke weiterleiten. Alle Gesuche werden nach PLZ sortiert ins geschützte Nachbarschaftsnetzwerk eingespielt. Hotline der nebenan.de-Stiftung: (0800) 866 55 44.

Sorgentelefon für Kinder, Jugendliche und Eltern

Nummer gegen Kummer bietet das größte kostenfreie, telefonische Beratungsangebot für Kinder, Jugendliche und Eltern in Deutschland. Der Verein hat das Ziel, Gesprächspartner zu sein, wenn andere fehlen. Viele Beratungsstellen für Kinder und Jugendliche bieten auch anonyme Online-Beratung an.

Die Corona-Pandemie stellt eine zusätzliche Belastung für Familien dar, deshalb wurde das Angebot ausgebaut. Das Elterntelefon ist nun montags bis freitags durchgehend von 9–17 Uhr, dienstags und donnerstags sogar bis 19 Uhr unter der kostenfreien Telefonnummer (0800) 111 05 50 zu erreichen. Das Kinder- und Jugendtelefon berät unter der Telefonnummer 11 61 11 montags bis samstags von 14–20 Uhr und zusätzlich montags, mittwochs und donnerstags von 10–12 Uhr. In der Online-Beratung ist der Chat aktuell dienstags und freitags von 10–12 Uhr und mittwochs und donnerstags von 15–17 Uhr offen; die E-Mail-Beratung ist weiterhin rund um die Uhr erreichbar.

www.nummergegenkummer.de



Im September wurde dem Bürgerverein Luisenstadt e.V. die Bezirksverdienstmedaille des Bezirks Mitte verliehen – es ist eine offizielle und wohlverdiente Anerkennung für das langjährige Engagement des Vereins, der 1991 gegründet wurde. Auch Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Bildmitte) gratulierte.

Für den Bundespräsidenten gelten dieselben Regeln

Bezirksstadtrat Ephraim Gothe zur Corona-Pandemie im Bezirk Mitte

Herr Gothe, trotz aller Mahnungen und Appelle hat sich in der vergangenen Woche die Zahl der neu an Covid-19 Infizierten bundesweit verdoppelt. Im Sommer ist sie trotz zahlreicher Lockerungen über lange Monate relativ stabil geblieben. Was ist passiert?

Einen ersten Schub haben wir am Ende der Sommerferien gesehen, als viele infiziert aus dem Urlaub zurückkamen. Die Reiserückkehrer kamen zum Beispiel aus der Türkei, wo sie sich bei Familientreffen angesteckt hatten. Das hat die Fallzahlen hochgetrieben.

Dazu kommt jetzt die kühlere Witterung. Das öffentliche Leben verlagert sich in geschlossene Räume, die oft nur unzureichend gelüftet sind. Da hat das Virus ein leichtes Spiel, bei Familienfeiern zum Beispiel oder in Clubs, die zwar offiziell nur ein gastronomisches Angebot unterbreiten, aber nicht energisch genug einschreiten, wenn sich das Ganze zur Party entwickelt.

Wie kommt das Gesundheitsamt mit dieser Entwicklung klar? Die Bundeswehr leistet zwar Unterstützung, aber reicht das? Wie steht es um die räumlichen Kapazitäten?

Von der Jafféstraße auf dem Messegelände in Charlottenburg aus hilft uns die Bundeswehr, dort haben wir einen zweiten Standort unseres Lagezentrums aufgebaut. Unser Pandemie-Team zieht in der zweiten Novemberhälfte zudem vom Rathaus Wedding auf das Areal des ehemaligen Krankenhauses Moabit, wo das Haus B dafür langfristig angemietet wurde. Dort haben wir dann eine Kapazität von bis zu 90 Arbeitsplätzen. Aber wenn die Fallzahlen so davongaloppieren wie derzeit, reicht das natürlich nicht.

In der vergangenen Woche wurden im Bezirk Mitte etwa 800 Neuinfektionen registriert. Können Sie deren Kontakte noch nachverfolgen?

An jeder Neuinfektion hängen nach den Berechnungen der Berliner Gesundheitsämter derzeit im Schnitt etwa 10–13 enge Kontakte, die wir in fast schon detektivischer Arbeit ermitteln und unter Quarantäne stellen müssten. Normalerweise sind es etwa 5–10 solcher Kontakte pro Infiziertem, manchmal aber auch über 100, wenn z.B. große Feiern ins Spiel kommen oder Schulen betroffen sind. Aus über 800 Neuinfektionen pro Woche werden dann also leicht mal 8.000 bis 10.000 Kontakte ersten Grades, die wir ermitteln und benachrichtigen müssten: Natürlich ist das nicht zu schaffen.

Im Bezirk Mitte und seit kurzem auch im gesamten Land Berlin wurde daher eine Allgemeinverfügung erlassen, nach der Infizierte von sich aus eine Liste mit ihren Kontaktpersonen erstellen und an das Gesundheitsamt übermitteln müssen. Darüber hinaus müssen sie ihre Kontakte

umgehend warnen, damit diese zu Hause bleiben: Besonders ansteckend ist man ja am Anfang der Infektion, noch bevor die ersten Symptome auftreten.

Wie lange müssen diese Kontakte dann in Quarantäne?

Wer engen Kontakt mit einem Infizierten hatte, muss 14 Tage lang in Quarantäne, vom Zeitpunkt des letzten Kontakts aus gerechnet. Er oder sie ist dazu verpflichtet, das Gesundheitsamt und den Arbeitgeber sofort zu informieren und bekommt dann auch einen Nachweis zugeschickt. Wegen der hohen Arbeitsbelastung geht das derzeit nicht so schnell, wie es eigentlich sein sollte, aber die Bescheinigung kommt, das kann man seinem Arbeitgeber so mitteilen.

Zwei Wochen Hausarrest sind leichter einzuhalten, wenn ab und zu mal das Gesundheitsamt anruft und sich erkundigt, ob man Symptome an sich beobachtet – und nebenbei auch nachkontrolliert, ob man sich auch an die Quarantäne hält. Bei mehr als 10.000 Kontakten gleichzeitig, kann das Amt das aber gar nicht leisten, oder?

Nein, das schaffen wir beim besten Willen nicht mehr. Und das ist wahrscheinlich auch ein Grund dafür, dass die Zahl der Neuinfektionen so rapide gestiegen ist. Ich kann nur appellieren, Corona ernst zu nehmen und sich als Kontaktperson ersten Grades freiwillig zu isolieren. Und wer infiziert ist, darf nicht zögern, uns seine Kontaktpersonen mitzuteilen und diesen auch selbst Bescheid zu geben – auch wenn die nicht froh sein werden, wenn sie sich in Quarantäne begeben müssen. Nur so haben wir alle eine Chance, die Pandemie in den Griff zu bekommen!

Auch der Bundespräsident musste ja in Quarantäne, nachdem sich einer seiner Personenschützer infiziert hatte. Dauerte die genauso lange wie bei allen anderen?

Für ihn gelten dieselben Regeln wie für alle: Die Quarantäne dauert bis zum Ende der 14 Tage nach dem letzten engen Kontakt mit dem Infizierten, und wenn die Krankheit tatsächlich ausbricht, sogar länger. Auch die Kanzlerin ist im Frühjahr so lange zuhause geblieben, nachdem sich herausgestellt hatte, dass ihr Arzt infiziert war. Der Bundespräsident und die Kanzlerin haben ihren Wohnsitz in Berlin-Mitte, deshalb waren wir für sie zuständig.

Sind Sie nicht gerade ein sehr mächtiger Mann? Sie könnten ja, wenn Sie wollten, die gesamte Bundesregierung unter Quarantäne stellen ...

Ich nicht, sondern unser Amtsarzt Dr. Murajda. Er hat tatsächlich wenige Wochen bevor Bundesgesundheitsminister Jens Spahn an Covid-19 erkrankte, den Sitzungssaal des Bundeskabinetts inspiziert und abgenommen. Ich saß direkt neben ihm, als Dr. Murajda telefonisch ins Kanzleramt eingeladen wurde. Deshalb bin ich mir sicher, dass die Mitglieder des Bundeskabinetts in der besagten Kabinettsitzung nicht zu Kontaktpersonen ersten Grades wurden. Sie sitzen dort weit genug voneinander entfernt und auch die Lüftungsanlage reicht aus, um die Wahrscheinlichkeit einer Infektion ausreichend niedrig zu halten.

Das Interview führten Ulrike Steglich und Christof Schaffelder



Wie funktioniert Quarantäne?

Wer innerhalb der letzten 14 Tage engen Kontakt zu einem bestätigten COVID-19-Patienten hatte, der muss sich umgehend in Quarantäne begeben. Ein enger Kontakt bedeutet, dass man mindestens 15 Minuten mit dem Erkrankten in weniger als zwei Metern Entfernung gesprochen hat, bzw. angehustet oder angeknipst wurde, während dieser ansteckend war. Wer nur im gleichen Raum mit einem COVID-19-Erkrankten war und keinen engen Kontakt hatte oder wer engen Kontakt zu einer Person hatte, die wiederum Kontakt zu einem bestätigten COVID-19-Patienten hatte, aber völlig gesund ist, muss nicht in Quarantäne.

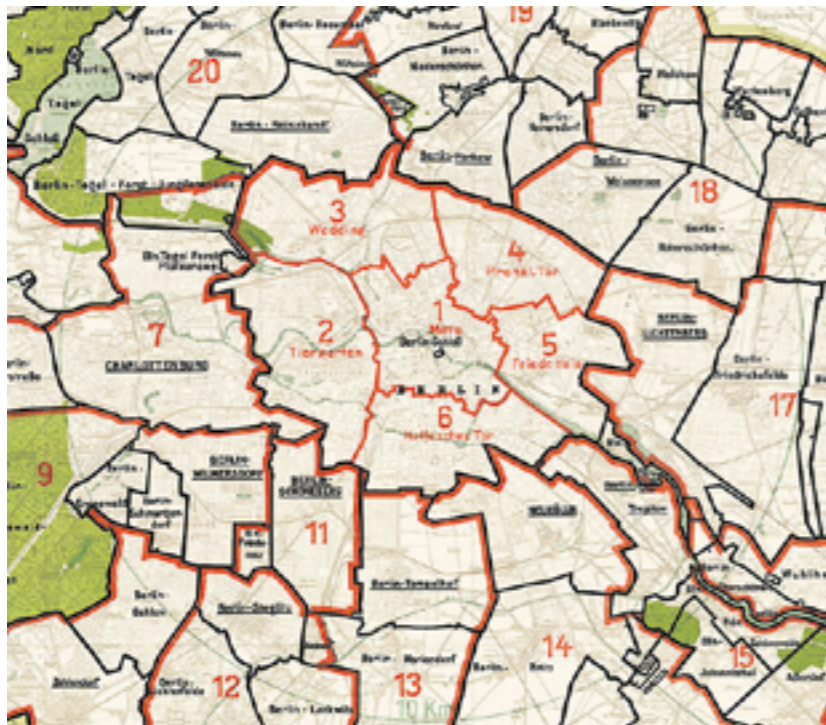
Die Quarantäne wird normalerweise vom Gesundheitsamt angeordnet, in Berlin muss man sich inzwischen jedoch auch ohne eine solche Anordnung in Selbstisolation begeben, sobald man erfährt, dass man einen engen Kontakt mit COVID-19-Infizierten hatte. Die Dauer der Quarantäne beträgt dann 14 Tage, gerechnet ab dem Zeitpunkt des letzten engen Kontaktes mit der infizierten Person. Man soll umgehend das Gesundheitsamt informieren. Von dem bekommt man anschließend auch eine Bescheinigung für den Arbeitgeber bzw. bei Selbständigen für das Finanzamt, das einen Verdienstausschuss unter Umständen ausgleichen kann. Dazu muss man einen »Erhebungsbogen für Kontaktpersonen« ausfüllen, das geht auch online im Internet (Adresse unten).

Während der Quarantäne ist man dazu verpflichtet, sich in Isolation zu begeben. Mindestens zweimal täglich sollte man Fieber messen und ein Tagebuch führen, worin man die Temperaturen und weitere Erkrankungszeichen notieren soll. Wer an sich Symptome von COVID-19 (erhöhte Temperatur über 37,5 Grad, Husten, Halsschmerzen, Schnupfen, Kopf- oder Gliederschmerzen) beobachtet, muss unverzüglich das Gesundheitsamt davon in Kenntnis setzen, das dann gegebenenfalls eine Testung anordnet. In der Isolation darf man seine Wohnung nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes verlassen. In der gesamten Zeit der Isolation soll möglichst eine Trennung von anderen im Haushalt lebenden Personen beachtet werden. Man darf zudem keinen Besuch von Personen, die nicht zum selben Haushalt gehören, empfangen.

Weitere Informationen und »Erhebungsbogen für Kontaktpersonen«: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/gesundheitsamt/corona

Corona-Hotline für Bürger*innen aus Mitte (Mo–Fr 8–16 Uhr): Telefon (030) 901 84 10 00, Fax (030) 901 83 32 63, Corona@ba-mitte.berlin.de

Hotline der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung für ganz Berlin (Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa und So 8–18 Uhr) Telefon (030) 90 28 28 28



Berlin – die unvollendete Metropole

Eine Ausstellung im Kronprinzenpalais thematisiert städtebauliche Leistungen, Konflikte und Potenziale

Zahlreiche Veranstaltungen widmen sich in diesem Jahr dem 100jährigen Jubiläum »Groß-Berlins«. So auch die Jubiläumsausstellung des Architekten- und Ingenieurvereins zu Berlin-Brandenburg »Unvollendete Metropole: 100 Jahre Städtebau für Groß-Berlin«, die noch bis Anfang Januar im Kronprinzenpalais zu sehen ist. Sie legt den Schwerpunkt auf die städtebaulichen Leistungen Berlins seit 1880 und die daraus resultierenden aktuellen Potenziale der Region Berlin-Brandenburg. Gleichzeitig blickt sie in die Zukunft, indem sie die Ergebnisse des Internationalen Städtebaulichen Ideenwettbewerbs »Berlin-Brandenburg 2070« präsentiert.

Darüber hinaus wird die Betrachtung um eine europäische Perspektive erweitert. Anhand von Zukunftsprojekten stadtreionaler Bedeutung der Städte Moskau, Wien, Paris und London wird thematisiert, wie andere Metropolen mit aktuellen urbanen Herausforderungen umgehen. Begleitet wird die Ausstellung von Metropolengesprächen im Stream.

Vor allem fünf räumliche Faktoren prägten die Entwicklung der Metropole Berlin: Zentrenvielfalt, Wohnungsfrage, Verkehrsfrage, Grünfrage sowie Verteilung von Großprojekten der Infrastruktur, der Industrie und des Militärs. Diese fünf Faktoren helfen nicht nur, die Entwicklung von (Groß-)Berlin zu verstehen – ihre sinnvolle Kombination ermöglicht es auch, die Metropole nachhaltig zu steuern.

Die Räumlichkeiten des Kronprinzenpalais erlauben es, Themenschwerpunkte wie Wohnen, Arbeiten, Verkehr, Freizeit & Erholung in separaten Räumen darzustellen. So folgt der Schilderung der Ausgangssituation 1918-20 in Raum 2 die Erörterung der Bahn-Verkehrsfrage. Geschildert wird, warum Berlin ein »Kind der Eisenbahn« war und warum die Gründung der kommunal geführten Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) im Jahr 1928 – des größten Verkehrsbetriebs der Welt – zu den bedeutenden Errungenschaften jener Zeit zählt. Einer der Protagonisten dieser Entwicklung war Verkehrstadtrat Ernst Reuter. Doch zugleich wurde Berlin mehr und mehr auch eine Autometropole (Raum 3). Erste planerische Grundlagen dafür wurden 1910 im Wettbewerb Groß-Berlin angedacht und in der Weimarer Republik geschaffen, dann in der NS-Zeit weiterentwickelt und teils realisiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der autogerechte Ausbau in Ost wie West-Berlin extrem forciert. Verlierer waren das Großstadtgrün, die Fußwege und damit die Fußgänger, aber auch Straßenbahnen und Radfahrer. Mit diesem Erbe hat die Stadt heute, in Zeiten des Klimawandels und Umdenkens, hart zu kämpfen.

Ein hochspannendes Kapitel ist die Polyzentralität der Großstadt: Wie kaum eine andere Metropole ist Berlin geprägt von der Vielzahl seiner Zentren. Das ist umso bemerkenswerter, als sich die Polyzentralität immer wieder gegen andere, zentralistische Planungen durchsetzte: In den 20er Jahren gewann neben dem unbestrittenen Hauptzentrum zwischen Alexanderplatz und Reichstag das aufstrebende Charlottenburger Zentrum um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche an Bedeutung. Ab 1933 plante die nationalsozialistische Diktatur, der die beiden Zentren viel zu popelig waren, ein völlig neues, monumentales Zentrum als Kernstück der Nord-Süd-Achse, die sich westlich der historischen Mitte zwischen einem Nord- und einem Südbahnhof erstrecken sollte.

Die sich bald nach Kriegsende abzeichnende Spaltung Berlins führte wieder zur Bildung von zwei Großstadtzentren, dem Alexanderplatz als Zentrum des Ostens und dem Breitscheidplatz als Zentrum des Westens. Beide waren Schaufenster der Systeme.

Groß-Berlin aber war bis 1920 keine einheitliche Stadt, sondern eine Ansammlung von vielen Städten und Gemeinden. Jede dieser Kommunen hatte ihr eigenes Zentrum mitgebracht, einige sogar mehrere. Dieses Erbe ist heute unbezahlbar, eröffnet es doch die Chance für eine gewisse Dezentralisierung und damit eine nachhaltige Entwicklung.

Ein weiteres essentielles Berlin-Kapitel ist die »Wohnungsfrage«, es trägt den vielsagenden Titel »Wirklich sozial?« Allerdings ist dieser Part in der Ausstellung etwas enttäuschend geraten: von den rasanten Zuspitzungen der letzten Jahre, dem Zurückfahren des sozialen Wohnungsbaus, der boomenden Grundstücks- und Immobilienspekulation, von Wohnraum als Renditeobjekt und wachsender Wohnungsnot seit den 2010er Jahren ist hier nicht die Rede.

Es folgen Kapitel zur Grünplanung (viele Berlin-Besucher sind positiv überrascht vom hohen Grünanteil der Stadt im



Vergleich zu anderen Metropolen), zu Großprojekten (gebündelt unter dem Titel »Infrastruktur, Industrie, Militär«), und zu den großen Planungen, Flächennutzungs- und Raumordnungsplänen im Laufe der Jahrzehnte (unter dem Titel »Macht und Ohnmacht«). Dabei drückt sich die Ausstellung interessanterweise auch hier um die Entwicklungen und Konflikte der letzten drei Jahrzehnte. Es dürfte doch interessant sein zu sehen, wie die Stimmannsche Selbstherrlichkeit der 1990er Jahre in, sagen wir: 20, 30 Jahren gewertet wird.

Immerhin bleibt ein sehr wichtiges Moment der Stadt nicht unerwähnt: die Planungskultur, mithin der Umgang mit heftigen Konflikten und Interessenaueinandersetzungen um Ziele, Instrumente, Institutionen und Geld. Ob der Streit um die Groß-Berlin-Pläne 1918–1920, die Mieterstreiks, die großen Kämpfe um den Städtebau, die Proteste gegen die Kahlschlagsanierungen der 60er und 70er sowie die autogerechte Stadt, die Instandsetzungsbewegung der 70er und 80er, der Streit um das Tempelhofer Feld – Groß-Berlin war von Anfang eine Hauptstadt des Protestes, ein Zentrum gesellschaftspolitischer Kämpfe um den richtigen Städtebau und die Stadtpolitik. Nicht zu vergessen: die ewigen Konflikte zwischen Bezirken und Senat. Von 1920 an war es offensichtlich: Das Verhältnis zwischen Magistrat und den Bezirken war durch das Groß-Berlin-Gesetz nicht ausreichend geregelt, erst recht nicht das Verhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg. Doch ohne eine Überwindung dieser beiden gravierenden Geburtsfehler Groß-Berlins verlaufen alle gut gemeinten städtebaulichen Strategien für die Metropole im institutionellen Sand.

Und dann, ach, dieser ewige Streit um Berlin als Hauptstadt... und die »geliebte Verwandtschaft« in Brandenburg...

Zur kritischen Betrachtung lädt aber nicht nur die Ausstellung selbst ein, sondern damit verbunden auch die Ergebnisse des Internationalen Städtebaulichen Ideenwettbewerbs »Berlin-Brandenburg 2070«. Der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg e.V. hatte zusammen mit anderen gesellschaftlichen Initiativen im Jahr 2019 einen offenen, zweiphasigen »Internationalen Städtebaulichen Ideenwettbewerb Berlin-Brandenburg 2070« ausgelobt. Gesucht wurden städtebauliche Visionen für die

Hauptstadregion Berlin-Brandenburg, die sich unter anderem mit dem Leitbild des »Siedlungssterns« städtebaulich auseinandersetzen. Ziel des Ideenwettbewerbs ist nicht eine völlig andere Großstadregion, sondern – anknüpfend an Besonderheiten, Stärken und Schwächen – die nachhaltige Weiterentwicklung städtebaulicher Potenziale und die Überwindung vorhandener Schwächen.

Zu guter Letzt noch eine Bemerkung: Berlin im internationalen Maßstab zu betrachten, heißt nicht nur, ein paar Schwarzpläne großer westlicher Metropolen (Paris, London etc.) danebenzulegen. Es sollte beispielsweise auch bedeuten, sich mal kundig zu machen, wie skandinavische Städte für einen sozialverträglichen Stadt- und Wohnungsbau sorgen, für lebenswerte Viertel und Quartiere, welche Sorgfalt sie einer modernen, funktionierenden Infrastruktur zukommen lassen und wie eine moderne Verwaltung funktioniert, die sich als Dienstleister versteht. us

Ausstellungsdauer: 1. Oktober 2020–3. Januar 2021

Ort: Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, 10117 Berlin

Öffnungszeiten: täglich 10–18 Uhr, am 31.12. 10–14 Uhr und am 1.1.2021 12–18 Uhr. Geschlossen am 24. und 25.12.

Die Ausstellung im Internet:

unter www.unvollendete-metropole.de

Alle Abbildungen aus der Ausstellung



Der Friedensnobelpreisträger aus der Köpenicker

Gustav Stresemann, ein Sohn der Luisenstadt

Das prominenteste Kind der Luisenstadt ist Gustav Stresemann. Der älteren Generation ist der aus schwarz-grau gestreifter Hose und dunklem Jackett bestehende Anzug namens Stresemann noch ein Begriff. Doch der prominente Träger dieser Kleidung war auch Friedensnobelpreisträger, einer der bedeutendsten deutschen Politiker des 20. Jahrhunderts, und seine große Leistung bestand keinesfalls aus einer neuen Kombination von Kleidungsstücken.

In der Weimarer Republik wurde Gustav Stresemann 1923 zuerst Reichskanzler und erreichte mit der Einführung der Deutschen Rentenmark am 15. November ein Ende der traumatischen Hyper-Inflation. Als Außenminister gestaltete er 1925 in Locarno die internationalen Beziehungen Deutschlands neu. Er setzte, gegen größte Widerstände, die Verständigung mit dem einstigen »Erbfeind« Frankreich und Belgien durch – samt Festschreibung der Grenzen und einem gegenseitigen Gewaltverzicht. Stresemann beendete die Isolation des deutschen Reiches und erreichte 1926 die Aufnahme in den Völkerbund. In diesem Jahr wurde er auch mit dem Friedensnobelpreis geehrt.

Stresemann wurde 1878 in der Köpenicker Straße 66 geboren, zwischen Michaelkirch- und Ohmstraße, wo heute Vattenfall im Heizkraftwerk Mitte Wärme und Strom produziert. Dort stand das eher dörfliche, nur zwei Etagen hohe und drei Fenster breite Haus von Ernst Emil August Stresemann, dem Vater von Gustav. Dieser betrieb darin eine Flaschenbierabfüllanlage sowie eine »Budike«, eine Kneipe mit Laden, wo man Korn, Rollmops, Soleier und Eisbein konsumieren und kaufen konnte. Gustav war das jüngste von acht Kindern, nur deshalb wurde ihm der Besuch des Gymnasiums ermöglicht. Wohl kaum hätte sich die arme Familie erträumt, dass ihr Sohn es bis zum Reichskanzler und Außenminister bringen würde.

Der junge Stresemann wollte eigentlich Journalist werden. Anfangs studierte er Geschichte und Literatur, wechselte dann jedoch zur Nationalökonomie und promovierte 1901 über »Die Entwicklung des Berliner Flaschenbiergeschäfts« – mit dem Biergewerbe kannte er sich ja bestens aus. Seine Doktorarbeit ließ er bei R. F. Funcke in der Köpenicker Straße 114 drucken. Sachkundig schrieb Stresemann:

»Das in Norddeutschland und speziell in Berlin früher allgemein, aber auch heute noch im grossen Masse konsumierte obergährige Bier muss auf Flaschen gezogen werden, weil es in diesen noch eine Gärung durchzumachen hat, ehe es genussreif wird, eine Gärung, welche im Fass nicht vor sich gehen kann.«

Als Reformburschenschaftler lehnte Stresemann sowohl den Antisemitismus als auch die Mensur ab, doch konnte er sich dem gesellschaftlichen Zwang zum Fechten nicht widersetzen und zog sich Schmissee im Gesicht zu.

Wie kam es dazu, dass er eine neue Mode für Staatsmänner erschuf? Es war seine Bequemlichkeit, die ihn in Locarno darauf brachte, bei offiziellen Anlässen anstatt des übli-



chen Gehrocks eine ähnliche Jacke anzuziehen, die er aber auch im Büroalltag und auf der Straße tragen konnte. Das Wechseln von Hose und Weste ersparte er sich so und der Stresemann war geboren, der bis in die frühe Bundesrepublik für Politiker bei Staatsempfängen als »Bonner Anzug« obligatorisch war.

Ein wenig ist Stresemann seit einigen Jahren durch die Kriminal-Fernsehserie »Babylon Berlin« dem Vergessen entrissen worden. Er wird darin von Werner Wölbern gespielt. Den Autoren und Regisseuren um Tom Tykwer gelingt es, die grundsätzliche Motivation des historischen Politikers in seiner Widersprüchlichkeit und Opposition zum Versailler Vertrag darzustellen. Den Blick in die Geschichtsbücher erspart aber die Serie voller Unwahrscheinlichkeiten und Räuberpistolen nicht.

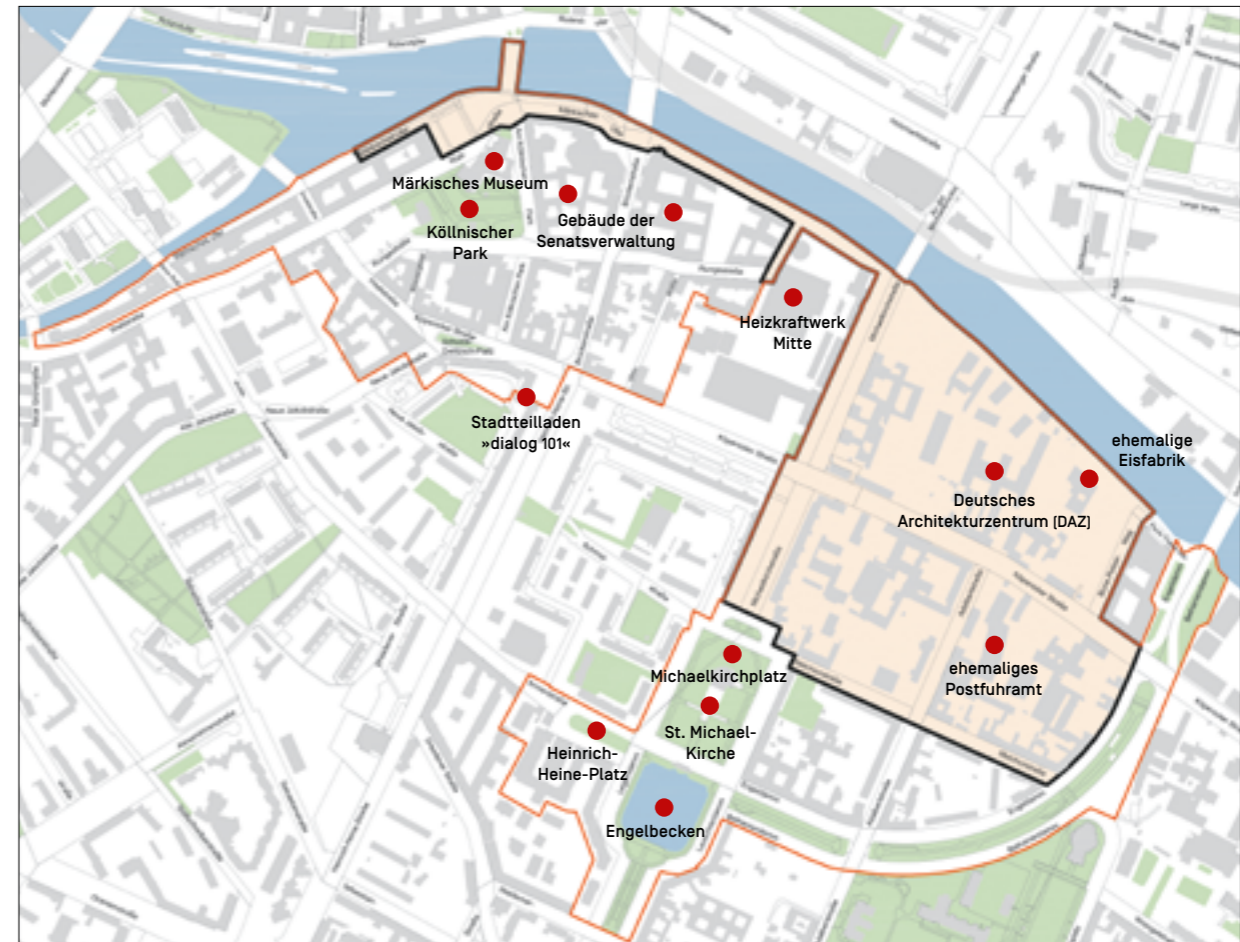
Eher wird ihm ein anderer Friedensnobelpreisträger gerecht, der britische Außenminister Sir Joseph Austen Chamberlain, demzufolge Stresemann »sein Land in die Gemeinschaft der Völker wieder eingegliedert, es zu einem der einflussreichsten und geachteten Mitglieder des Völkerbundes gemacht und seinen Boden von den Besatzungsstreitkräften der früheren Gegner befreit« habe.

»Wenn er damit Deutschland diente, so diente er der größeren Sache des Friedens gleichermaßen und trug dazu bei, einer besorgten Welt die Hoffnung wiederzugeben.«

Falko Hennig

Der Autor lädt täglich ein zum Stadtspaziergang »Engel, Flieger & Genossen« (min. 5 Teilnehmer, 2h/€12,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11, 15 und 20 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Str. Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich (0176) 20 21 53 39.

1918 hatte Stresemann die Deutsche Volkspartei gegründet und blieb ihr Vorsitzender bis zu seinem Tod 1929.



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat IV C – Stadterneuerung
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 15–18 Uhr
im Stadteilladen »dialog 101«

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten

Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 44 33 81 25
www.mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt

ECKENSTEHER

Die Trostfrau, das kleine Mitte und die große Diplomatie

Als wäre alles noch nicht genug für den Bezirk Mitte: Die Corona-Plage. Die nicht endende Flut von Demonstrationen. Die Schulen. Die Groß- und Dauerbaustellen. Die vielen Touristen. Der ewige Personalmangel in den Ämtern. Das ständige Hickhack mit dem Senat. Und dann kommt auch noch der deutsche Außenminister angewackelt, weil die Japaner ihm zu verstehen gegeben haben, dass ihnen eine kleine Statue in Moabit quer im Magen liegt. Nun befürchtet man diplomatische Verstimmungen.

Und warum muss sich Mittes Bezirksbürgermeister nun mit Japan, Korea und Deutschland befassen? Weil der Bezirk Mitte die Aufstellung der Skulptur einer »Trostfrau« genehmigt hatte. Und weil die Statue offiziell Ende September eingeweiht wurde, mit einer Zeremonie und Redebeiträgen u.a. von Ute Müller-Tischler vom Kulturamt Mitte und Dr. Insa Eschebach, der vormaligen Leiterin der Gedenkstätte Ravensbrück.

Aufgestellt hat die Skulptur der Korea Verband, der nun mal in der benachbarten Moabiter Quitzowstraße seinen Sitz hat. Womit die Frage der Ortswahl schon beantwortet wäre.

»Trostfrauen« war das euphemistische Wort für Mädchen und Frauen, die für die japanischen Kriegsbordelle des Zweiten Weltkriegs zwangsprostituiert wurden. Die meisten Opfer stammten aus Korea und Taiwan, aber auch aus anderen besetzten Gebieten wie Indonesien, Malaysia oder China. Zu ihrer Zahl liegen unterschiedliche An-

gaben vor, Schätzungen gehen von 100.000 bis 300.000 betroffenen Frauen aus. Viele starben an Krankheiten, Folter oder Hunger noch vor dem Kriegsende. In den letzten Kriegswochen wurden Tausende der Trostfrauen ermordet, nur etwa 30 Prozent überlebten den Krieg. Das hört die national-konservative japanische LDP, die die Regierung stellt, freilich nicht gern. Konservative LDP-Politiker besuchen beispielsweise noch immer gern den Yasukuni-Schrein, mit dem der gefallenen Militärangehörigen gedacht wird – einschließlich der in den Tokioter Prozessen verurteilten Kriegsverbrecher. In Japan ist die Anerkennung von Kriegsschuld und Kriegsverbrechen immer noch ein schwieriges Kapitel.

Und zwischen all den historischen internationalen Verwicklungen sitzt nun der Bezirksbürgermeister von Mitte und kann zusehen, wie er da wieder rauskommt.

Nach der mutmaßlichen Intervention des Auswärtigen Amtes musste das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt erstmal zurückrudern, der Korea Verband wiederum stellte vor dem Verwaltungsgericht einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz. Ergebnis: Man wartet jetzt das Urteil des Gerichts ab. Die Zeit solle man, so der Bezirksbürgermeister salomonisch, »nutzen, um unsere eigenen sowie die Argumente aller beteiligten Akteurinnen und Akteure in diesem komplexen Disput erneut gründlich abzuwägen. (...) Es wäre begrüßenswert, das Mahnmal so zu gestalten, dass alle Beteiligten damit leben können.« – Wobei immer noch die Frage ist, ob sich die Künstler da reinquatschen lassen. Aber jetzt mal im Ernst: Hätte das nicht auch der Maas sagen können? Warum muss der an sich doch eigentlich kleine, überschaubare Bezirk Mitte, der eigentlich schon genug mit seinen eigenen Problemen zu tun hat, sich darüber hinaus nicht nur für die vielen Botschaften im Bezirk, das gesamte Regierungsviertel mit all seinen schönen und großzügigen Grünflächen, für die physische Unversehrtheit der Regierungsmitglieder (Corona!) zuständig fühlen, sondern auch noch für mögliche diplomatischen Misstöne? Mensch Maas – müssen wir uns denn wirklich um alles selbst kümmern?